

## Das arabische Flüchtlingsproblem

Der jüdisch-arabische Krieg hat mehr als einer halben Million palästinensischer Araber die Heimat geraubt. Der größte Teil dieser Menschen kann sich selbst nicht erhalten und fällt nun den internationalen Wohlfahrtsinstitutionen und der UNO zur Last. Eine Lösung des Problems ist nicht abzusehen. Wenn in der Politik der arabischen Staaten nicht eine grundlegende Änderung eintritt, so werden diese Flüchtlinge und ihre Nachkommenschaft die nächsten Jahrzehnte in Lagern verbringen müssen.

Die arabischen Staaten bestehen darauf, daß die Palästinaflüchtlinge nach Israel repatriiert werden, Israel andererseits erklärt sich außerstande, eine ins Gewicht fallende Anzahl von ihnen aufzunehmen. Um die Gründe der israelischen Regierung für ihre Haltung zu verstehen, muß man bis auf die Entstehung des ganzen Flüchtlingsproblems zurückgehen. Es kann sich dabei freilich nicht darum handeln, die Frage der Schuld, sondern allein die der Verantwortung zu erörtern.

### *Der jüdisch-arabische Krieg*

Der Beschluß der Vollversammlung der UNO im Herbst 1947, Palästina zu teilen und einen selbständigen jüdischen Staat ins Leben zu rufen, löste im ganzen Lande eine Terrorwelle aus. Die radikalen arabischen Politiker (die Familie der Husseinis) mit dem ehemaligen Großmufti von Jerusalem an der Spitze versuchten durch eine Welle von Pogromen, wie sie in den Jahren von 1936 bis 1939 bereits einmal stattgefunden hatten, die Gründung eines jüdischen Staates zu verhindern und wenn möglich die jüdische Bevölkerung aus dem Lande zu vertreiben. Daß die Unruhen von 1947 sich zu einem regulären Krieg und nicht zu einem Pogrom entwickelten, lag allein daran, daß die arabischen Banden, denn um solche handelte es sich, auf organisierten Widerstand stießen.

Die Unruhen von 1936 hatten die jüdische Bevölkerung in Palästina in eine schwierige Lage gebracht. Als damals arabische Banden jüdische Siedlungen überfielen und jeden Juden, dessen sie habhaft werden konnten, ermordeten, beschränkte sich die jüdische Abwehrorganisation (Haganah) darauf, diese Angriffe abzuweisen. Neben der Haganah entstanden damals die Sterngruppe und der Irgun Zvai Leumi (nationale militärische Organisationen), die den Standpunkt vertraten, daß die allgemeine Haltung der Haganah, es ginge nicht an, genau so grausam wie der Gegner zu sein, eine direkte Einladung zum Pogrom wäre. Der Irgun wollte beweisen, daß die tausendjährige Epoche der Pogrome endgültig vorbei sei. Der Gegner, so sagte er, könne nur mit seinen eigenen Argumenten überzeugt werden, in diesem Falle mit Terror. Tatsächlich begann er eine Reihe von Vergeltungsaktionen gegen die arabische Bevölkerung, indem er seine Bomben genau so wahllos wie die arabischen Banden in Häuser harmloser arabischer Familien legte. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung verurteilte diese Aktionen aufs schärfste.

Bis zum Jahre 1947 hatte sich die Haganah zu einer richtigen, gut bewaffneten Untergrundarmee entwickelt. Der Irgun war zu einer großen terroristischen Organisation nach faschistischen Vorbildern geworden. Die

neuen Unruhen zwangen die Haganah, mit dem Irgun zusammenzuarbeiten.

Daß diese Unruhen überhaupt stattfinden konnten, ist mit Sicherheit die Schuld der englischen Mandatsregierung. Sie unternahm sehr wenig, um den beginnenden Krieg im Keime zu ersticken, was ihr mit Hilfe der im Lande stehenden englischen Armee ohne weiteres möglich gewesen wäre. Ihre Politik war jedoch lediglich daran interessiert, die im Lande stehenden Truppen sicher zu evakuieren. Von einer Unterstützung der Araber oder Juden in diesem Kriege kann kaum die Rede sein.

### *Der Exodus*

So entwickelte sich im Winter 1947/48 in Palästina ein grausamer Bürgerkrieg. Bis zum 15. Mai 1948 gab es noch eine offizielle Mandatsregierung. Tatsächlich regierten die verschiedenen „Sicherheits“-komitees der sich bekämpfenden Parteien. Es genügte ein geringer Verdacht, um von den illegalen Gerichten zum Tode verurteilt zu werden. Die genaue Zahl der Exekutierten ist bis heute nicht bekannt. Grundsätzlich wurde jeder Jude, der in die Hände der arabischen Banden fiel, ermordet. Der Irgun entwickelte eine ähnliche Praxis; die Haganah versuchte, wenigstens den Schein einer gerechten „Aburteilung“ zu wahren.

Eine grausame Praxis, die sich im Laufe der Kriegsergebnisse entwickelte, war die Sprengung von Wohnhäusern, ohne daß den Bewohnern Zeit gelassen wurde, diese Häuser zu verlassen.

Schon im Dezember 1947 hatten die jüdischen Verbände begonnen, die arabischen Angriffe mit Gegenangriffen zu vergelten, welche sie mit unerwarteter Schlagkraft durchführten. Die arabische Bevölkerung, der von den politischen Führern „ein rascher Endsieg“ versprochen worden war, geriet in Panik. Die Furcht, daß an ihnen das vollzogen werden könnte, was sie an den Juden vollziehen wollten, war ein nicht geringer Grund für die zu Beginn des Jahres 1948 beginnende Massenflucht. In Jerusalem und Haifa, wo es Stadtviertel gab, in denen sowohl Juden als auch Araber lebten, begann ein heftiger Kampf um den Besitz dieser Quartiere. Je nach der Situation mußte eine Bevölkerungsgruppe den Stadtteil räumen. So entstanden die ersten Flüchtlingsgruppen.

In Haifa, ähnlich wie in Jerusalem und Tel Aviv-Jaffa, besetzte die Haganah eines Tages die ganze Stadt. Das schien nötig, um den dauernden Kleinkrieg, der unzählige Opfer an Menschenleben kostete, wenigstens innerhalb der Stadtgebiete zu beendigen. Der größte Teil der Araber in Haifa — unter ihnen einige tausend Christen — verließ fluchtartig die Stadt und floh in die Gegend von Nazareth oder nach dem Libanon. Im Mai 1948 wurde Jaffa von der Haganah besetzt; von den etwa 40 000 Arabern verblieben 3 000, zum größten Teil Christen. So verhielt es sich in fast allen arabischen Städten und Dörfern, die im Laufe des Krieges von der Haganah oder der israelischen Armee besetzt wurden. Erst gegen Ende der ersten Phase dieses Krieges, als Palästina und die Nachbarstaaten bereits von Flüchtlingen überschwemmt waren, nahm der Exodus der arabischen Bevölkerung Palästinas ein Ende. Aus der Stadt Nazareth z. B., in der sich bereits einige tausend Flüchtlinge befanden, sind verhältnismäßig wenige Personen geflohen.



### *Die Gründe für den Exodus*

Es ist sehr schwer, den wirklichen Gründen einer Massenpanik nachzugehen. Neben den allgemein bekannten Gründen für die Flucht von mehr als 500 000 Arabern aus den jüdisch besetzten Teilen Palästinas mag es noch eine Unmenge von Gründen gegeben haben, die jeweils nur den einzelnen zur Flucht bestimmten. Aber es genügt schon, daß einige hundert Personen aus einer Stadt fliehen, um eine Panik hervorzurufen.

Die politischen Führer der Araber in Palästina haben die Bevölkerung zur Flucht aufgefordert. Sie sind dabei so weit gegangen, jeden, der in einem Ort, der von den Juden besetzt wurde, aus freien Stücken blieb, als Kollaborateur zu bezeichnen. Es ist offensichtlich, daß der größte Teil der Flüchtlinge nicht nur aus Angst vor den Juden floh, sondern auch aus Furcht vor der späteren Rache der arabischen Bandenführer. Diese Furcht war nicht ganz unbegründet; während der Jahre 1936—1939 sind nicht wenige Araber, die sich damals „gemäßigt“ zeigten, dem Terror der Banden zum Opfer gefallen. Dazu wurde eine ungeheure Propaganda über die Greuel-taten der Haganah und des Irgun verbreitet. Diese Propaganda wurde durch die tatsächlichen Vorkommnisse unterstützt. Beide Parteien sparten nicht mit Greuel-taten, nur hatte man von den Juden nicht erwartet, daß sie unter Umständen Gleiches mit Gleichem vergelten könnten, so sehr hatte sich die Vorstellung vom perpetuellen Pogromopfer eingebürgert. Der Exmufti von Jerusalem und seine Mitarbeiter hatten den Arabern versprochen, daß sie später mit Hilfe der regulären arabischen Armeen siegreich in ihre Heimat zurückkehren würden und zudem noch den Besitz der vertriebenen Juden als „Belohnung“ erhalten sollten. Es ist nach europäischen Vorstellungen schwer zu glauben, daß derart naive Versprechungen aus dem Munde eines Mannes, der schon eifrig am tausendjährigen Reich gebaut hatte, tatsächlich geglaubt wurden. Allerdings ist der Anreiz der persönlichen Bereicherung bei allen Pogromen auch in Europa von Bedeutung gewesen.

Die Gründe für die Flucht der arabischen Bevölkerung lassen sich zuletzt auf folgende Hauptfaktoren zurückführen:

Furcht, die durch die äußeren Eindrücke des Krieges und durch die Wirkung der entsprechenden Propaganda hervorgerufen wurde, innerer Terror und eine allgemeine Panik, die sich aus rationellen Faktoren schlecht erklären läßt, gemischt mit der Hoffnung auf eine baldige Heimkehr in die alten Wohnorte. Nur wenige der Flüchtlinge haben damit gerechnet, daß sie möglicherweise nie in ihre alte Heimat zurückkehren würden. In fast allen Fällen ließen sie ihren gesamten Besitz zurück.

#### *Die jüdische Einstellung zum arabischen Exodus*

In vielen Orten, vornehmlich aber in Haifa und Jaffa, wurde die arabische Bevölkerung zum Bleiben aufgefordert. Es ist sicher, daß diese Aufforderungen ernst gemeint waren und nicht in die Kategorie der nichtssagenden Gesten gehörten. In jüdischen Kreisen nahm man zu Recht an, daß die Massenflucht der Araber das Ansehen des jungen Staates Israel schädigen würde. Erst später änderte sich diese Politik, und man schien die Massenflucht nicht ungern zu sehen. In einigen Fällen dürfte ein eventuell verbliebener Rest der Bevölkerung sogar vertrieben worden sein. Genaue Angaben hierüber sind bis

heute sehr schwer zu ermitteln. Die Zahl der Vertriebenen kann im Verhältnis zur Zahl der Flüchtlinge jedoch nicht erheblich sein.

Bis zum Juli 1948 existierte der Irgun noch als selbständige Organisation neben der regulären Armee. Seine Aktionen dürften, da er ja mit denselben Methoden wie der Gegner kämpfte, nicht wenige Araber zur Flucht veranlaßt haben. Ein besonderes Problem waren jene arabischen Ortschaften, die von eh und je die Ausgangspunkte früherer Überfälle gewesen waren. Hier floh die Bevölkerung aus nicht unberechtigter Furcht vor Racheakten.

#### *Der heutige Zustand*

Eine genaue Zahl der arabischen Flüchtlinge läßt sich nicht feststellen. Die Angaben schwanken zwischen 550 000 und 700 000 je nach den Quellen. Die arabischen Staaten sind verständlicherweise daran interessiert, diese Zahlen möglichst hoch anzusetzen. (In einem Flüchtlingslager in der Jerusalemer Altstadt wurde vor kurzem festgestellt, daß viele der Flüchtlinge 2- oder sogar 3mal registriert waren, um so größere Zuteilungen an Lebensmitteln zu erhalten.)

Ein Teil der Flüchtlinge befindet sich in Jordanien, größtenteils im annektierten Westjordanland. Der Irak hat rund 20 000 aufgenommen, um sie im Zweistromlande anzusiedeln. Ungefähr Hunderttausend leben in dem winzigen, von Ägypten besetzten Küstenstreifen von Gaza. Die Einreise nach Ägypten ist ihnen verboten. Der Rest befindet sich im Libanon und in Syrien. Einige bemittelte Familien flüchteten nach Zypern.

Der größte Teil der Flüchtlinge gehörte schon in Palästina zu den ärmsten Schichten des Volkes. In Jordanien, wo sie arbeiten dürfen und der einheimischen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt sind, herrscht größte Arbeitslosigkeit (manche Flüchtlinge aus Jordanien überschritten illegal die israelische Grenze, nur um in den dortigen Gefängnissen verpflegt zu werden). Im Libanon und in Syrien ist ihnen fast jede gewerbliche Tätigkeit untersagt. Im „Gaza-Streifen“ ist die Situation etwa wie in Jordanien. Der Unterhalt der Flüchtlingslager wird fast ausschließlich durch die UNO und die internationalen Wohlfahrtsorganisationen bestritten. Die arabischen Staaten tun sehr wenig, um die Not der Flüchtlinge zu lindern. Sendungen von Lebensmitteln und Kleidungsstücken kommen oft sehr reduziert in den Lagern an. Außer in Jordanien ist an eine permanente Ansiedlung auch nur eines Teils der Flüchtlinge nicht zu denken.

#### *Der rechtliche Status der Flüchtlinge in Israel*

Für die aus dem Staatsgebiete des heutigen Israel geflohenen Araber mußte das israelische Parlament bzw. die Regierung eine eigene Gesetzgebung schaffen. Diese bezeichnete jeden Flüchtling oder jede Person, die während des Krieges Israel verließ, als „Abwesenden“ (Absentee). Mit Hilfe der Notstandsgesetze, die noch von der Mandatsregierung erlassen wurden, konnte die Regierung das Eigentum eines jeden „Abwesenden“ beschlagnahmen und darüber frei verfügen. Durch die gleichen Gesetze verwehrt die Regierung den arabischen Flüchtlingen die Rückkehr nach Israel.

Die Regierung setzte für die Vermögenswerte der abwesenden Personen einen eigenen Kustos ein, dessen Aufgabe es ist, Wohnungen und Häuser, ja ganze ver-



lassene Dörfer und Felder zu verpachten. Die beschlagnahmten Vermögenswerte bleiben rechtlich weiter Eigentum der „Abwesenden“. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung die Abwesenden auch de iure enteignen wird.

Flüchtlinge, die ohne eine besondere Einreiseerlaubnis zurückkehren, es sind oft bis zu Hundert in einem Monat, können wieder ausgewiesen werden, was in den meisten Fällen auch geschieht. Nur einige Tausend Frauen und Kinder konnten in den letzten Jahren zu ihren in Israel gebliebenen Familien zurückkehren.

Über die Heimatrechte der Flüchtlinge bzw. ihre Staatsangehörigkeit ist noch nichts entschieden. Wahrscheinlich wird diese Frage durch die Zeit gelöst werden, da keinerlei Aussicht darauf besteht, daß die Ausnahmegesetze, kraft derer die israelische Regierung überhaupt regieren kann, in den nächsten Jahren aufgehoben werden.

#### *Der Zustand der arabischen Wohnorte*

Der Krieg hat ganze arabische Städte und Dörfer menschenleer gelassen. Bei der zu gleicher Zeit 1948 einsetzenden jüdischen Masseneinwanderung sah sich die israelische Regierung gezwungen, diese Orte neu zu besiedeln. Der Kustos für das Gut der Abwesenden verpachtete fast sämtliche Häuser, die ihm zur Verfügung standen, an neue Einwanderer. Viele dieser Häuser waren für Europäer unbewohnbar. Nicht wenige sind während der Regenzeiten eingestürzt. Die Felder der arabischen Bauern wurden zum Teil an Kollektivsiedlungen, zum anderen Teil an private Bauern verpachtet. Ein Teil der arabischen Oliven- und Obstkulturen werden von der Regierung selbst verwaltet. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die israelische Regierung bzw. das Ministerium für Landwirtschaft nicht in der Lage war, die übernommenen Kulturen wirtschaftlich weiter zu bearbeiten. Obwohl größte Knappheit an Obst und Gemüse herrscht, liegen viele fruchtbare Felder und Baumkulturen brach.

Durch den Krieg selbst wurden vor allem in den Kampfgebieten viele arabische Häuser zerstört. Eine genaue Statistik der Verluste durch Kampfhandlungen und teilweise vorgekommene Plünderungen gibt es nicht. Man hat den Eindruck, daß die Verwaltung der arabischen Häuser sehr schlecht ist. Dazu kommt, daß viele der Häuser sehr oft den Besitzer wechselten, welche natürlich kein Interesse an den notwendigen Reparaturen hatten. Die Regierung selbst ist finanziell nicht in der Lage, viel zu tun. So kommt es, daß der arabische Hausbesitz an Realwert mehr und mehr verliert. Dasselbe ist auch bei den Baumkulturen, besonders bei den Zitrusplantagen der Fall. Es scheint, als ob die jüdischen Zitruspflanzer ein Interesse daran hätten, die arabischen Plantagen, die bis zum Kriege eine erhebliche Konkurrenz darstellten, verfallen zu lassen. Es handelt sich dabei also um einen Machtkampf im wirtschaftlichen Sektor.

Zusammenfassend ließe sich sagen, daß der arabische Besitz an Immobilien in Israel an Wert erheblich eingebüßt hat.

#### *Die Forderungen der arabischen Regierungen*

Bald nach Abschluß des Waffenstillstandes in Palästina (1948) forderten die arabischen Regierungen die Rückkehr aller Flüchtlinge an ihre früheren Wohnorte. Es waren zum Teil dieselben Politiker, die die Massenflucht veranlaßt hatten. Die Rückkehr der Flüchtlinge sollte die

Voraussetzung für etwaige Friedensverhandlungen sein und nicht etwa ein Teil derselben. Selbst wenn man die im Vorderen Orient üblichen „Handelspraktiken“ mit einberechnet, so erscheint diese Forderung reichlich übertrieben. Bei den unzähligen Sitzungen und Beratungen, welche im Rahmen der UNO stattgefunden haben und voraussichtlich noch einige Komitees für die nächsten Jahre beschäftigen werden, kam immer mehr zum Vorschein, daß das rein menschliche Problem, die Tragik einer halben Million heimatloser Menschen, sehr geringe Bedeutung hatte. Für die arabischen Staaten, die bisher für die Flüchtlinge sehr wenig getan haben, kommt es auf einige Jahre bei diesen Verhandlungen nicht an. Fast alle Vorschläge für die endgültige Umsiedlung der Flüchtlinge wurden abgelehnt. Dabei hätte das Geld, das bisher für den Unterhalt der entwurzelten Massen ausgegeben wurde, ausgereicht, einen beachtlichen Teil von ihnen unter günstigeren Bedingungen als in Israel anzusiedeln und gleichzeitig den wirtschaftlichen Stand der Gaststaaten zu heben. Der letzte Schritt in der Flüchtlingspolitik der arabischen Staaten ist, daß diese die etwaigen Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik an Israel als Kompensation für die Schäden der arabischen Flüchtlinge beanspruchen.

#### *Der Standpunkt der israelischen Regierung*

Die israelische Regierung machte für die Lösung des Flüchtlingsproblems etwa folgende Vorschläge:

1. Behandlung der Flüchtlingsfrage nur innerhalb einer Friedenskonferenz.
2. Unter Umständen Repatriierung von 100 000 Flüchtlingen nach Israel. (Die Durchführbarkeit dieses Vorschlages bleibt in Frage gestellt.)
3. Eine Entschädigung der Flüchtlinge, vor allem für die in Israel liegenden Immobilien.

Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, die eine Repatriierung der Flüchtlinge machen würde, macht die israelische Regierung folgende Punkte geltend:

1. Die arabischen Flüchtlinge haben Israel aus freien Stücken verlassen und sind nicht vertrieben worden.
2. Die provisorische Regierung hat sie seiner Zeit zum Bleiben aufgefordert.
3. Die Flucht der Araber ist daher so aufzufassen, daß die betreffenden Personen nicht die Absicht hatten, in einem jüdischen Staat zu verbleiben. Vielmehr ist die Flucht geradezu als ein Akt der Hostilität gegenüber dem israelischen Staate anzusehen. Weiter betont die israelische Regierung, daß eine neue Einordnung der Flüchtlinge in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation des Staates unmöglich sei. Wenn Palästina auch theoretisch genügend Platz hätte, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen, so würde man, selbst wenn ihre ehemaligen Wohnungen wieder freigegeben werden, kaum die Hälfte in Wohnräumen unterbringen können. Es leben in Israel immer noch mehr als 100 000 jüdische Flüchtlinge in Zelten und Barackenlagern.

Die Rückkehr der Flüchtlinge würde bedeuten, daß man während einer äußerst kurzen Zeit eine Anzahl von Menschen, die die Hälfte der heutigen Einwohnerschaft des Staates ausmachen würde, in das Leben desselben integrieren müßte. Diese Integration konnte bisher noch nicht einmal bei den in Palästina verbliebenen Arabern mit wirklichem Erfolg durchgeführt werden.

Zu den wirtschaftlichen Argumenten kommen die weit-



aus schwerwiegenderen militärischer Natur. Die geographische Struktur des Landes ist strategisch äußerst ungünstig. Es ist lang und schmal. Zwischen Tel Aviv und Haifa, der Lebensader des Landes, ist es 15—25 km breit. Man kann fast sagen, daß dieses Land überhaupt nur aus Grenzgebieten besteht. Die heute in Israel lebenden Araber, etwa 120 000, sind immer noch ein großer Unsicherheitsfaktor. Zum Teil mußten die arabischen Dörfer an den Grenzen aus Gründen der militärischen Sicherheit geräumt werden, um die Bewegung von unsicheren Elementen zu unterbinden. Es ist nicht vorstellbar, wo im Staate Israel die zu Repatriierenden angesiedelt werden sollten, ohne daß sich der Staat eine schwere militärische Blöße gibt.

#### *Ist eine Lösung möglich?*

Es ist nicht abzusehen, ob die Lösung der Flüchtlingsfrage 5 oder 50 Jahre dauern wird. Sicher ist nur, daß sie irgendwann gelöst werden muß und nicht wie bisher Gegenstand politischer Auseinandersetzungen bleiben darf. 500 000 Menschen sind schließlich eine Realität und nicht

ein Abstraktum, zu dem sie die beteiligten Regierungen manchmal machen wollen.

Was bisher getan wurde, gehört in das Gebiet der „Öffentlichen Wohlfahrt“. Früher oder später aber wird man eine konstruktive Lösung der Frage nicht umgehen können. Es bestehen durchaus Möglichkeiten, sie zu lösen, wenn die beteiligten Parteien, und hier vor allem die arabischen Regierungen, ein Mindestmaß an gutem Willen aufbringen. Der israelische Staat ist an einer endgültigen Lösung der Frage interessiert und würde wahrscheinlich zu allen Konzessionen bereit sein, die er angesichts seiner eigenen schwierigen Lage machen kann. Die interessierten Mitgliedstaaten der UNO haben ein unwahrscheinlich großes Maß an gutem Willen gezeigt, wenn es darum ging, das Flüchtlingsproblem konstruktiv zu lösen. Die großen unbesiedelten Gebiete des Vorderen Orients und die finanzielle Unterstützung der UNO bzw. Amerikas bieten eine Gewähr dafür, daß die Flüchtlingsfrage gelöst werden kann. Es bleibt als einzige Voraussetzung der gute Wille.

Dennoch muß man befürchten, daß diese Voraussetzung sobald nicht erfüllt wird.

## Aus der Ökumenischen Bewegung

### Korrektiv als Fundament?

Der alternde Luther hat gesagt, wenn er noch einmal mit dem Evangelium von vorn anzufangen hätte, würde er sich „anders drein schicken“: „Vulgus velim sub papatu relinquere et tantum desperatis et anxiis conscientiis clam succurrere“ (Tischreden II 1682). In diesem Augenblick dürfte ihm bewußt gewesen sein, daß seine Verkündigung allenfalls als Korrektiv gegenüber erstarrter „Gesetzlichkeit“ taugen mochte, niemals aber als Fundament einer eigenen Kirche an Stelle der Papst-Kirche. Hermann Diem zitiert jenen resignierten Luther-Satz und düstere Propherzeiungen über die bevorstehende Herrschaft der staatlichen Kirchen-Juristen nach dem Tode des Reformators in seinem Buch „Theologie als kirchliche Wissenschaft. Eine Handreichung zur Einübung ihrer Probleme“ S. 209 f. (wie alle weiter erwähnten Publikationen Chr. Kaiser Verlag, München; 1951, 280 Seiten). Der katholische Leser meint jene Einsicht beim alternden Luther mit aller Deutlichkeit durchzuhören.

Als Ganzes ist das Buch Diems mit seiner radikalen Folgerichtigkeit jedoch der imponierende Versuch, aus jenem Korrektiv ein ganzes nichthierarchisch-nichtsystematisches Fundament herauszuspinnen und so — *contradictio in adiecto!* — eine konsequent protestantische Ekklesiologie (und Theologie) zu schaffen.

#### *Ekklesiologie im „Protest“ zur katholischen Position*

Die besondere Bedeutung des Buches liegt darin, daß hier wohl zum erstenmal aus der Schule Karl Barths ein Entwurf zur Gesamtproblematik der Theologie vorgelegt wird, der höchstes Niveau hält. Auch der in seiner Muße beschränkte Leser kann sich so ein Gesamtbild von der Wende machen, die diese Schule für die evangelische Theo-

logie auf allen ihren Teilgebieten mit sich gebracht hat. Nicht zuletzt ist es bemerkenswert und zweckmäßig, daß hier protestantische Theologie von Anfang bis zu Ende im Widerspruch zur katholischen — also in der ursprünglichen reformatorischen Frontstellung — entwickelt wird. Damit ist ein klarer Protest redlich herausgearbeitet — das genaue Gegenteil eines verwaschenen Defektiv-Katholizismus. Es ist nur folgerichtig, daß sich dieser zum Prinzip ausgeweitete Protest seinerseits als „katholisch“ versteht — bis hin zu einem Satz, der die geschichtliche Realität, die bis ins 16. Jahrhundert keine „Konfessionskirche“ im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs kennt (vgl. Heiler, Urkirche und Ostkirche S. 102 417), bedenkenlos ignoriert:

„Die Reformation des 16. Jahrhunderts bedeutet insofern einen Bruch mit der Kirchengeschichte als der Geschichte von einzelnen Konfessionskirchen, als die Reformatoren der römischen Kirche nicht wiederum eine neue Konfessionskirche entgegenstellen, sondern sich darauf berufen, eben in und von der einen, wahren, apostolischen, katholischen Kirche zu sein, von der die römische Kirche sich abgeschnitten hat“ (S. 267).

#### *Das Bekenntnis Petri*

Wo hier der für den bloß historischen Blick grundlegende Irrtum, das theologische proton Pseudos steckt, das verdeutlicht der Anfangsparagraph (12) des III. Hauptteils, der der geschichtlichen Entwicklung der Kirche und ihres Handelns gewidmet ist. Er gilt dem Bekenntnis Petri. Seinem Schlußparagraphen (20: „Die Einheit der Kirche“) ist das voranstehende Zitat entnommen. Unter der *cum grano salis* durchaus offenbarungsgemäßen Überschrift: „Petrus als Prototyp des Bekennens und des Verleugnens der Kirche“, wird hier das Bekenntnis von Cäsarea Phi-